Die Landgerichte sind zuständig für Berufung gegen Entscheidungen der Amtsgerichte.

Die Oberlandesgerichte entscheiden nicht in erster Instanz, sondern sind endgültige Berufungsinstanz gegen Entscheidungen der Landgerichte in Zivilsachen. Sie sind, soweit gesetzlich vorgesehen, für das Rechtsmittel der Revision gegen Entscheidungen der Amtsgerichte und Landgerichte in Strafsachen zuständig.

ARTIKEL III

Die Zuständigkeit der deutschen Gerichte erstreckt sich auf alle Zivil- und Strafsachen mit folgenden Ausnahmen:

- (a) Strafbare Handlungen, die sich gegen die alliierten Besatzungsstreitkräfte richten;
- (b) strafbare Handlungen, die von den Nazis oder von andere[^] Personen begangen wurden und die sich gegen Staatsangehörige alliierter Nationen oder deren Eigentum richten[^]» sowie Versuche zur Wiederherstellung des Naziregimes oder zur Wiederaufnahme der Tätigkeit der Naziorganisationen;
- (c) andere strafbare Handlungen, in die Militärfpersonen der alliierten Streitkräfte oder alliierte Staatsangehörige verwickelt sind;
- (d) andere Zivil- oder Strafsachen, die der Zuständigkeit der deutschen Gerichte nach den Anordnungen des alliierten Militärbefehlshabers entzogen werden;
- (e) wenn eine strafbare Handlung ihrem Wesen nach nicht die Sicherheit der alliierten Streitkräfte gefährdet, kann der Militärbefehlshaber sie den deutschen Gerichten zur Aburteilung überlassen.

ARTIKEL IV

Zwecks Durchführung der Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens müssen alle früheren Mitglieder der Nazipartei, die sich aktiv für deren Tätigkeit eingesetzt haben, und alle anderen Personen, die an den Strafmethoden des Hitlerregimes direkten Anteil hatten, ihres Amtes als Richter und Staatsanwalt enthoben werden und dürfen nicht zu solchen Ämtern zugelassen werden.

ARTIKEL V

Bei der Durchführung dieses Gesetzes bleibt es dem Ermessen des Militärbefehlshabers vorbehalten, die Zuständigkeit der deutschen Gerichte mit diesem Gesetz schrittweise in Einklang zu bringen.